

Gespräch mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering

1. Die nächsten europäischen Europawahlen finden vom 4. bis zum 7. Juni statt. Welche Bilanz ziehen Sie aus der Legislaturperiode 2004-2009? Was sind die wichtigsten heutigen und zukünftigen Projekte? Was ist Ihre Meinung über die Legislaturperiode 2009-2014? Und was sind die kurz- und mittelfristigen Herausforderungen?

Lassen Sie mich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise beginnen. Auch wenn diese Krise in ihrem Umfang kaum vorhersehbar war, so waren seit einigen Jahren doch bereits klare Anzeichen gravierender Mängel im System erkennbar, die früher oder später sehr ernste Probleme erwarten lassen mussten. Mit der Globalisierung des Finanzhandels hat man sich auf den Geld- und Finanzmärkten zu sehr auf das „laisser faire“ und die Selbstregulierung verlassen. Allen Vorkommnissen der letzten Monate gemeinsam sind Fehler bei der Markteinschätzung und Aufsicht. Die Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte haben nicht mit der raschen Entwicklung und Zusammenführung der Finanzmärkte Schritt gehalten und waren daher nicht angemessen, um Finanzschocks abzuwehren.

Das Europäische Parlament hat wiederholt auf diese Mängel in der Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte in der Europäischen Union hingewiesen und die Europäische Kommission auch mehrfach aufgefordert, Maßnahmen vorzulegen, um das europäische Aufsichtssystem zu stärken.

Die Bekämpfung der Krise auf den Finanzmärkten ist von großer Bedeutung. Doch auch unser Planet steuert auf Grund menschlichen Fehl- und Nichthandelns auf eine dramatische Krise zu.

Den Fehler des nicht rechtzeitigen Gegensteuerns, den wir weltweit im Hinblick auf die Finanzmärkte begangen haben –, darf sich bei unserer Umwelt nicht wiederholen.

Auch wenn wir den Erfolg unseres Handelns im Kampf gegen den Klimawandel nur sehr langfristig werden messen können, so ist doch gleichzeitig die uns zum Handeln noch zur Verfügung stehende Zeitspanne sehr gering - höchstens 7 bis 8 Jahre, wie uns die Experten sagen, darüber hinaus wird der Preis der Untätigkeit mit jedem Tag höher.

Die rechtzeitige und entschlossene Bekämpfung des Klimawandels und die Umsetzung des Energie-Pakets dürfen nicht allein als kurzfristige wirtschaftliche Belastung gesehen werden, sondern vielmehr als Gebot der langfristigen wirtschaftlichen Vernunft.

Zu schnell werden die Herausforderungen von morgen zu konkreten Problemen von heute. Gegenwärtig fehlen uns in der Europäischen Union noch wichtige Entscheidungsverfahren, um diesen Herausforderungen wirksam zu begegnen.

Die großen Herausforderungen, vor denen wir jetzt stehen, verlangen mehr denn je den Vertrag von Lissabon für eine handlungsfähige, demokratische und bürgernahe Europäische Union. Denn die europäische Einigung ist nur vorstellbar als Ausdruck der Freiheit in Europa. Wir müssen die Menschenrechte, die Demokratie und unsere Rechtsordnung dadurch schützen, dass wir die Union als Gemeinschaft des Rechts und

der Freiheit weiterentwickeln. Ohne Menschenrechte, Demokratie und eine Rechtsordnung gibt es kein Vertrauen zwischen Staaten und auch innerhalb einer Gesellschaft. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass das Recht in Europa stets Vorrang behält. Das Recht muss die Macht haben - und nicht die Macht Recht haben!

Eine weitere wichtige Herausforderung betrifft den interkulturellen Dialog. So ist der im Europäischen Parlament angestoßene Dialog der Kulturen, um ein Aufeinanderprallen der Zivilisationen zu verhindern, in den Mitgliedsländern und bei unseren Nachbarn sehr gut aufgenommen worden. Die Institutionen der Europäischen Union nehmen diesen Dialog zunehmend ernster und organisieren eine Reihe von Initiativen und Veranstaltungen. So wurde etwa das Jahr 2008 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs erklärt.

Immer mehr Sachverhalte des globalen Lebens, die der politischen Gestaltung unterliegen, entziehen sich einer nationalen Entscheidungsmacht. Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht an nationalen Grenzen halt machen. Deshalb ist das Zusammenwirken zwischen der nationalen und der europäischen Ebene zwingend, um überhaupt tragfähige und wirksame Lösungen zu finden, die dann auch einen Mehrwert für alle in der Europäischen Union bedeuten.

Damit die Demokratie gestärkt wird, ist es erforderlich, dass das Europäische Parlament seine Rolle als Mitgesetzgeber aktiv und selbstbewusst wahrnimmt. Es ist aber ebenso erforderlich, dass sich auch die nationalen Parlamente stärker mit den Grundfragen, aber auch mit den vielen Einzelheiten der europäischen Politik befassen.

Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente stehen nicht im Wettbewerb, sondern sie haben eine gemeinsame Verantwortung für die europäische Demokratie. Hinzu kommt die wichtige Rolle der regionalen Demokratie – in Deutschland die Bundesländer – sowie die kommunale Ebene mit unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen, die Europas Reichtum und Vielfalt in der Einheit darstellen.

Heute können wir feststellen, dass das Europäische Parlament in seiner Aufgabe, seiner Stellung und seiner Würde im Gefüge der europäischen parlamentarischen Demokratie im Großen und Ganzen auf angemessene Weise berücksichtigt wird, wenn wir unser Bild von den Abläufen des Einflusses, der Macht und der Politik in der Europäischen Union zeichnen.

2. In persönlicher Weise welche Bilanz ziehen Sie aus Ihre Präsidentschaft?

Die Amtszeit des Präsidenten des Europäischen Parlaments ist aus gutem Grunde auf zweieinhalb Jahre beschränkt. Wir sind das Parlament aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Wir repräsentieren die Vielfalt in Einheit unseres Kontinents. Wir müssen mehr als andere Organe der EU regelmäßig Rechenschaft ablegen über unser Handeln. Wir stellen uns freien Wahlen. Wir wissen, dass Demokratie aus dem Wechsel ihre Kraft schöpft. Es gilt auch für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments.

Meine Präsidentschaft an der Spitze des Europäischen Parlaments habe ich unter zwei Leitgedanken gestellt, die mit dieser Präsidentschaft natürlich nicht erledigt sind: Den unbedingten Schutz der Menschenwürde und die Bedeutung des Dialogs der Kulturen. Immer wieder habe ich zu beiden Themen Stellung genommen. Wir haben manche Initiative gemeinsam durchgeführt. Besonders dankbar blicke ich auf das Jahr des Interkulturellen Dialogs zurück. Bleibende Impulse sind von diesem Jahr des Interkulturellen Dialogs ausgegangen. Sie werden uns auch in Zukunft immer wieder orientieren, inspirieren und verpflichten.

In meiner Antrittsrede als Präsident des Europäischen Parlaments habe ich darum geworben, dass wir mit einem „Haus der Europäischen Geschichte“ einen Ort der Erinnerung und der Erneuerung unseres europäischen Selbstverständnisses schaffen. Unterdessen sind die grundlegenden Entscheidungen getroffen, die Weichen gut gestellt.

Ich hoffe, dass das „Haus der Europäischen Geschichte“ bis zur Wahl des Europäischen Parlaments 2014 seine Türen öffnen kann.

3. Es ist auffallend, dass die Kompetenzen und die Befugnisse des Europäischen Parlaments sich erhöhen und gleichzeitig die Beteiligung zu den Europawahlen immer niedriger wird. Wie erklären Sie dieses Paradoxon? Ihrer Meinung nach, wie kann man ein politisches Interesse für diese Wahl und für eine Institution - das Europäische Parlament – erregen, die eine immer wichtigere Rolle im politischen System der Europäischen Union spielt?

In Gesprächen mit Wählerinnen und Wählern wird ganz deutlich, dass das Interesse für die Politik der Europäischen Union auch heute ungebrochen ist. Allerdings wird immer wieder gesagt, dass es zu wenige Informationen über die Europäische Union und ihre Arbeit gibt. Die eben aufgezählten Kompetenzen des Europäischen Parlaments scheinen vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht bewusst zu sein. Dieses Informationsdefizit wird auch immer wieder in den jährlich wiederkehrenden Ergebnissen bei den Eurobarometer Umfragen bestätigt. Dieses Problem müssen wir sehr ernst nehmen, denn wer nicht informiert ist, dem fällt es schwer, politische Entscheidungen zu treffen. Deswegen haben die Vertreter der Nein-Kampagne in dem Referendum in Irland auch mit dem Slogan geworben: „If you don't know vote no“. Eine zweite Referendumskampagne in Irland muss daher voll und ganz auf bessere Information der Bürgerinnen und Bürger setzen.

Es stellt sich natürlich die Frage, worin dieses Informationsdefizit mit begründet ist, denn tatsächlich bemühen sich alle europäischen Institutionen auf vielfältige Weise die Öffentlichkeit zu informieren, sei es über direkte Informationsangebote an die Medien, über öffentlich Veranstaltungen, Besucherprogramme, direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern über das Internet und neue Medien. Ein wichtiger Grund ist zweifellos das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit, die dieses Informationsdefizit abbauen helfen könnte. So wird die Europaberichterstattung in den Mitgliedsländern der Europäischen Union durch nationale Medien vermittelt. Und was für die europäischen Politiker gilt, gilt auch für die europäischen Korrespondenten, die aus Brüssel und Strassburg berichten. Sie müssen ihre Berichte immer in Konkurrenz zu nationalen Ereignissen platzieren und haben dabei oft das Nachsehen. Bedauerlich ist auch, dass bei Fernsehsendungen und Talkrunden zu Themen, die auch eine europäische Perspektive haben, beispielsweise Fragen der Migration, der Finanzkrise, des Binnenmarktes oder der Sicherheit, ausschließlich Politiker der nationalen Ebene eingeladen werden, um über diese Themen miteinander zu diskutieren. Es wäre wünschenswert, dass zu solchen Fragen auch Europapolitiker eingeladen werden, die eine europäische Sicht dieser Fragen vermitteln können. Das führt dazu, dass diesen Diskussionsrunden leider oft eine umfassende Sachkenntnis über europäische Politik fehlt. Wie schwer es ist, ohne europaweite Medienunterstützung europäische Demokratie zu erklären, ist offensichtlich. Die Unterstützung der nationalen Politiker, der Regierungen und nationalen Abgeordneten für die wichtigen Anliegen der Europäischen Union ist daher unerlässlich, um europäischen Fragen in der Berichterstattung der Mitgliedstaaten größere Beachtung zu geben.

4. Wie sehen Sie den Ablauf der nächsten Wahlen im Europäischen Parlament? Wie kann man vermeiden, die Überlegungen auf Nationalebene und die wirklichen europäischen Herausforderungen dieser Wahlen miteinander zu verwechseln?

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben aber auch aus einer nationalen Perspektive eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, wenn sie als Auftaktwahl und damit Testwahl zu nationalen Wahlen funktionieren. Deutschland kann hier als Beispiel herangezogen werden. Nur 16 Wochen nach den Wahlen zum Europäischen Parlament finden 2009 in Deutschland die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Die Bundestagswahl gilt traditionell als Höhepunkt im deutschen Wahlkalender. Dieser ist mit der Bundespräsidentenwahl am 23. Mai und elf Kommunal- und Landtagswahlen im Jahr

2009 gefüllt und verspricht spannend zu werden. Eine erfolgreiche Europawahl ist daher der beste Auftakt für ein erfolgreiches Abschneiden bei den Bundestags- sowie den Landtags- und Kommunalwahlen. Darüber hinaus können wir gerade vor Europawahlen immer wieder eine Zunahme an Wissen und Verständnis für die Europäische Union feststellen. Der Wahlkampf wirkt hier ganz konkret. Außerdem belegen die jüngsten EUROBAROMETER Umfragen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Rolle der Europäischen Union gerade auch in Krisenzeiten sehr gut beurteilen. So fordern knapp Zweidrittel der Europäerinnen und Europäer, dass die Europäische Union eine größere Rolle bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise spielen soll. Der Europäischen Union wird hier mehr Lösungskompetenz zugetraut als den Mitgliedsländern.

5. Die Europawahlen werden auf Basis des Nizza-Vertrags organisiert aber die Legislaturperiode 2009-2014 könnte auf Basis der Regeln des Lissabon-Vertrags stattfinden. Deshalb wollen viele Leute in der öffentlichen Meinung, dass der Präsident der Europäischen Kommission nach den Bestimmungen des Lissabon-Vertrags ernannt wird, das heißt mit Berücksichtigung des Ergebnisses der Europawahlen. Unterstützen Sie diese Initiative? Denken Sie nicht, dass sie ein wirkliches Interesse der Bürger für die Europawahlen im Juni erregen kann?

Schon 2004 konnte sich das Parlament mit der Forderung durchsetzen, dass die politische Orientierung des Kommissionspräsidenten das Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament widerspiegeln sollte. Das wird auch bei der Wahl des neuen Kommissionspräsidenten nach der Europawahl wieder so sein. Nach einem Sieg der Europäischen Volkspartei (EVP) und ihrer Partner soll José Manuel Durão Barroso seine erfolgreiche Arbeit als Kommissionspräsident fortsetzen können. Mit dem Reformvertrag wird dieser grundlegende Anspruch eines demokratisch gewählten Parlaments auch rechtswirksam: nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon werden die Staats- und Regierungschefs künftig bei der Nominierung eines Kandidaten für die Wahl des Kommissionspräsidenten das Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament berücksichtigen müssen. Nach dem Reformvertrag wählt das Europäische Parlament den Präsidenten der Kommission und erteilt in einer weiteren Abstimmung der Gesamtkommission das Vertrauen oder verweigert es. Die Rechte des Europäischen Parlaments bei der Berufung der Kommission sind damit umfassender, als die des Deutschen Bundestages, der den Bundeskanzler wählt, aber nicht der Bundesregierung insgesamt das Vertrauen erteilt.

Publikationschef : Pascale Joannin

Robert-Schuman-Stiftung, wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese ausser in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch ausserhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmässig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.